

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 05.06.2008 um 18.10 Uhr  
im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat May  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 1 und 2)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ohne Ziffer 2, H)  
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp  
Bgmin. Regan

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger  
Frau Noormann  
Stadtplaner Neumann

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat M. Müller

Stadt E. Müller  
Stadtrat Günther  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Wachter  
Stadtrat Schardt  
Stadtrat Sycha  
Stadtrat Popp  
Stadtrat Konrad  
Ortssprecherin Schlötter

Entschuldigt fehlten:

## Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

### 1. Umgestaltung Mainpromenade, 2. BA

#### Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

#### Information über die beitragsrechtliche Situation

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich nach kurzer Information durch Rechtsrätin Schmöger in den Zuhörerbereich.)

A. Rechtsrätin Schmöger geht ausführlich auf die beitragsrechtliche Situation ein und stellt die einzelnen Tatbestandsvoraussetzungen dar. Sie kommt zum Ergebnis, dass die Tatbestände vorliegen und somit die Stadt für diesen Bereich Straßenausbaubeiträge erheben müsste. Sie erklärt, um die Beiträge für die Anlieger möglichst gering zu halten, bestehe die Möglichkeit eine Sondersatzung für diesen Bereich zu erlassen. Voraussetzung hierfür sei, dass die Maßnahme eine herausragende Bedeutung für die Stadt habe. Nachdem die Promenade auch nach Aussage des ISEK ein Einstiegsprojekt für die gesamte Stadt sei, kann ein solcher Einzelfall mit besonderer Bedeutung begründet werden. Sie erklärt, dass dieses Vorgehen bereits mit dem Landratsamt abgestimmt sei und weist abschließend darauf hin, dass diese Sondersatzung nur aufgrund der Besonderheit des Vorhabens gemacht werden könne, was bei anderen umlagepflichtigen Maßnahmen nicht möglich sei.

Stadträtin Richter begrüßt zwar, dass durch die Sondersatzung die Belastung für die Bürger möglichst gering gehalten werde, jedoch äußert sie kritisch, dass der Bauabschnitt 1 bereits erledigt und abgerechnet sei bzw. die Bauabschnitte 3 und 4 in naher Zukunft noch ausstehen werden. Sie möchte wissen, wie man hiermit umgehe und ob hierfür ebenfalls die Sondersatzung gelte.

Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass beim Bauabschnitt 1 keine Anliegerbeiträge fällig wurden. Hinsichtlich der weiteren Bauabschnitte gibt sie grundsätzlich recht, dass diese ebenfalls zur Gesamtmaßnahme gehören, jedoch müsse man noch im Detail prüfen, ob auch für die weiteren Bauabschnitte eine Satzung erlassen werden könne.

Rechtsrätin Schmöger weist darüber hinaus darauf hin, dass der Bayerische Kommunale Prüfungsverband dieses Vorgehen trotz vorheriger Absprache mit dem Landratsamt rügen werde, nachdem man die Möglichkeit der Einnahmebeschaffung nicht ausgeschöpft habe.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte kurz über die Sondersatzung worauf Bürgermeisterin Regan den Antrag auf Schluss der Debatte stellt.

#### **B. Mit 11 : 2 Stimmen**

Dem Antrag von Bürgermeisterin Regan auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

#### **C. Mit 12 : 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, eine Sondersatzung zur Abrechnung von Ausbaubeiträgen für die Maßnahme „Umgestaltung Mainpromenade, 2. BA“ zu erlassen.

## 2. Umgestaltung Mainpromenade Bauabschnitt 2

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuhörerbereich.)

A. Nach kurzer Einführung durch Stadtplaner Neumann geht Dipl. – Ing. Schöffner ausführlich auf die gegenwärtige Entwurfsplanung zur Umgestaltung der Mainpromenade (Bauabschnitt 2) ein. Er stellt die Möglichkeit von Anlegestellen für Kleinboote dar und erklärt, dass man je nach der Größe der anzulegenden Schiffe auch die Art der Anlegemöglichkeit (Dalben, Pollern, Pfähle aus Holz/aus Stahl) auswählen müsse. Er stellt dar, dass die Kaimauer stabil sei und der Uferbereich durch Beton oder Holzsteg erweitert werde. Weiter geht auf eine mögliche Schwimmbühne ein, die für Veranstaltungen in diesem Bereich genutzt werden könne. Je nach Ausführung der Schiffsanlegestelle könne diese Bühne fest installiert oder transportabel gestaltet werden. Hinsichtlich der Materialien stellt er dar, dass die des Bauabschnittes 1 weitergeführt werden. Abschließend weist er darauf hin, dass man sich noch in der Entwurfsplanung befinde und über einige Punkte noch zu reden sei.

Im Folgenden stellen die Stadträte verschiedene Detailfragen zur Umgestaltung vorauf Herr Schöffner jeweils eingeht.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte bezüglich der Umgestaltung der Mainpromenade über die Anlegestelle (Art, Umfang sowie Standort) sowie die Schwimmbühne und tauschen die Argumente dafür und dagegen aus. Darüber hinaus wird bemängelt, dass hierüber ein Beschluss gefasst werden sollte, nachdem den Bürgern die Planungen noch nicht vorgestellt wurden.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass man vor einer Vorstellung in einer Anliegerversammlung den Stadträten die Möglichkeit geben sollte, was befürwortet und was abgelehnt werde. Er bittet um Abstimmung hinsichtlich verschiedener Eckpunkte, damit man entsprechend weiterplanen könne.

### B. **Mit 11 : 1 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat Moser wird stattgegeben.

### C. **Mit 7 : 5 Stimmen**

Der Stadtrat beschließt die Einordnung einer Anlegemöglichkeit für Hotelschiffe im Bereich der Mainpromenade.

### D. **Mit 3 : 9 Stimmen**

Der Stadtrat beschließt die Errichtung von Dalben für Kleinboote im Bereich der Mainpromenade.

E. Herr Schöffner erklärt, dass aufgrund der Anlegemöglichkeit für die Hotelschiffe zwangsläufig nur die Pontonbühne umgesetzt werden könnte, da diese transportabel sei.

### F. **Mit 4 : 8 Stimmen**

Der Stadtrat beschließt die Einordnung einer Pontonbühne im Bereich der Mainpromenade.

G. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass somit die Anlegemöglichkeit für Hotelschiffe befürwortet und die Dalben für die Kleinboote sowie die Pontonbühne abgelehnt wurde. Er bittet abschließend um Beschlussfassung hinsichtlich des Grundsatzes.

#### H. **Mit 8 : 3 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt grundsätzlich die vorgelegten Maßnahmen zur Umgestaltung des 2. Bauabschnittes der Mainpromenade.

#### 3. Ausbau Bahnhofplatz, Amalienweg, Friedrich-Ebert-Straße, Friedenstraße Erhebung von Straßenausbaubeiträgen Information über die beitragsrechtliche Situation

(Stadtrat Böhm ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

#### **Ohne Abstimmung**

1. Die Straßenzüge „Bahnhofplatz“, „Amalienweg“, „Friedrich-Ebert-Straße“ und „Friedenstraße“ werden nach dem derzeitigen Stand der Planung jeweils als eigene Erschließungsanlage nach der Ausbaubeitragssatzung der Stadt Kitzingen abgerechnet.
2. Bei der Abrechnung der „Friedenstraße“ werden die Kosten des 1. Bauabschnittes aus dem Jahr 1983 (von der Kaltensondheimer Straße bis ca. Grundstück Friedenstraße Haus-Nr. 5) in die Abrechnung mit einbezogen.

#### 4. Bahnhofsumfeld Kitzingen

Dipl. – Ing. Volkamer geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage ein und stellt den Grundsatzbeschluss aus dem November 2007 dar. Er erklärt, dass der Stadtrat bei verschiedenen Punkten noch Klärungsbedarf sah (Einbahnstraßenregelung, Standort und Art der P+R Anlage, Bürgerantrag zum Erhalt der Schrebergärten).

Im Folgenden geht er ausführlich auf die verschiedenen Möglichkeiten der Verkehrsführung ein und stellt die gegenwärtige sowie die möglichen Belastungen der einzelnen Straßen – mit und ohne Einbahnstraße – dar. Die Verwaltung ist der Auffassung, die Friedrich-Ebert-Straße in eine Einbahnstraße umzuwandeln.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass er sich gegen die Einbahnstraße ausspreche, gibt aber auch zu Bedenken, dass man dann Einschränkungen hinsichtlich des Radweges sowie der Parkplätze hätte.

Dipl. - Ing. Volkamer geht als nächstes auf die Thematik hinsichtlich der P+R Anlage ein und stellt hinsichtlich der ebenerdigen Variante verschiedene Unterbringungsformen und deren Vor- und Nachteile dar (Schleifenerschließung, Taschenerschließung, kombinierte Schleifen- Taschenerschließung). Er kommt zum Ergebnis, dass bei der Schleifenerschließung die Fläche bestmöglich genutzt werde und der Quellverkehr sowie die Lärmbelastung gering ausfalle.

Als nächstes geht Dipl. – Ing. Volkamer auf das Parkdeck sowie das Parkhaus ein und stellt dar, wie viele Stellplätze man erhalte und mit welchen Kosten man rechnen müsse. Seiner Auffassung nach seien die Kosten pro Stellplatz im Parkdeck bzw. im Parkhaus überdurchschnittlich hoch, so dass er von beiden Varianten abrate. Darüber hinaus gibt er

zu Bedenken, dass man 25 Jahre keine Parkgebühr verlangen dürfe, um die Zuschüsse nicht zu gefährden.

Stadtrat Schmidt stellt dar, dass man durch das Parkdeck möglichst wenig Fläche versiegele und die Kleingartenanlage erhalten bleibe. Darüber hinaus könnte das Ausfahren der Fahrzeuge über den Amalienweg verhindert werden, was zusätzlich das Gefahrenpotenzial verringere.

Im Folgenden stellt Stadtrat Schmidt verschiedenen technische Fragen hinsichtlich des Parkdecks bzw. des Parkhauses vorauf Dipl. – Ing. Volkamer jeweils eingeht.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit stellt Bürgermeisterin Regan den Antrag, die Sitzung zu unterbrechen und am Dienstag, 10.06.2008 fortzusetzen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.10 Uhr.**

gez.

Oberbürgermeister

gez.

Protokollführer